



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	7
4.	Türkische Zyprioten	9
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	9
	Beziehungen mit der Türkei	10
	Innenpolitische Entwicklungen	10
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Nachdem die Verhandlungen in Mont Pelerin im November gescheitert waren, trafen sich der griechisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Nicos Anastasiades und sein türkisch-zypriotischer Amtskollege Mustafa Akinci ein weiteres Mal am 1. Dezember. Im November war es nicht gelungen, eine Einigung hinsichtlich der Gebietsanpassungen zu erreichen, was schließlich zu einer Unterbrechung der Gespräche und zu einer vorübergehenden Krise zwischen den beiden Volksgruppenvertretern führte.

Während ihres Treffens am 1. Dezember einigten sich die beiden Politiker überraschenderweise auf die sofortige Wiederaufnahme der intensivierten Verhandlungen. Ein Gipfel, auf dem noch ausstehende Punkte verhandelt werden sollen, wurde für den 9., 10. und 11. Januar 2017 anberaumt und soll in Genf stattfinden. Am 11. Januar wollen Anastasiades und Akinci ihre jeweiligen Vorschläge in Kartenform hinsichtlich der territorialen Fragen der Lösung vorlegen, gefolgt von einer entscheidenden Konferenz über Garantien und Sicherheit, an welcher am 12. Januar die Garantiemächte Großbritannien, Türkei und Griechenland sowie andere „relevante Parteien“ teilnehmen sollen.

In einem Interview mit dem Sender Al Jazeera sagte Akinci, dass in Genf ein Datum für ein Referendum festgelegt werden könne. Obwohl dies noch nicht als sicher gelte, werde ein Referendum höchstwahrscheinlich Mitte 2017 stattfinden. Es werde keine weiteren Bemühungen

zur Lösung des Zypernproblems geben, falls die Gespräche in Genf scheitern sollten.

Hinsichtlich Sicherheit und Garantien sind sich die beiden Seiten noch immer uneinig, da die griechisch-zypriotische Seite darauf besteht, dass in einem vereinten Zypern, welches auch ein Mitglied der EU ist, keine Garantiemächte mehr existieren sollten und auch keine türkischen Truppen mehr auf der Insel stationiert sein sollten. Die türkischen Zyprioten und die Türkei akzeptieren Änderungen an den bestehenden Garantieverträgen, lehnen ein Ende des türkischen Garantiemachtstatus aber ab. Zudem bestehen sie aus Angst vor griechisch-zypriotischen Übergriffen auf die Anwesenheit von türkischen „Truppen, die der Abschreckung dienen sollen“. Ein weiterer Stolperstein ist die Zusammensetzung der Konferenz: die griechischen Zyprioten wünschen sich eine erweiterte Konferenz unter der aktiven Teilnahme der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und der EU, während Akinci der Ansicht ist, dass eine vergrößerte Anzahl von Teilnehmern unnötige Komplikationen verursache.

Am 5. Dezember einigten sich die jeweiligen griechisch- und türkisch-zypriotischen Verhandlungsführer Andrea Mavroyiannis bzw. Ozdil Nami auf drei wöchentlich stattfindende Treffen als Teil der wiederaufgenommenen Gesprächsrunde, um bei den noch ausstehenden Punkten weitere Fortschritte zu erzielen. Des Weiteren einigte man sich darauf, dass die Volksgruppenvertreter, wenn nötig, intervenieren sollen, um ausstehende Fragen zu verhandeln. Die direkten Verhandlungen zwischen Anastasiades und Akinci wurden am 13. De-

zember wiederaufgenommen und zielten darauf ab, vor dem Treffen in Genf möglichst viele Konvergenzen zu erreichen. Die beiden Politiker trafen sich schließlich auch am 22. Dezember und vereinbarten weitere Treffen für den 4. und höchstwahrscheinlich 7. Januar.

Derweil kam der französische Präsident Francois Holland am 9. Dezember auf einen kurzen Besuch nach Zypern. Der Besuch Hollands steht im Zusammenhang mit den Bemühungen der griechisch-zypriotischen Seite, die Teilnahme aller ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates an den Gesprächen über Sicherheits- und Garantiefragen am 12. Januar in Genf zu erreichen. Der Parteivorsitzende der AKEL, Andros Kyprianou, gab daraufhin bekannt, dass seine Partei vorschlagen werde, dass China, ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, auch an der Konferenz teilnehmen solle. Laut *Cyprus Mail* werden der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, sowie die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Federica Mogherini, ebenfalls an der Konferenz teilnehmen, während der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Bereitschaft zur Teilnahme angekündigt hatten. Neben der Europäischen Union haben die Vereinigten Staaten ebenfalls ihrer Bereitschaft zur Teilnahme Ausdruck gegeben, sollten sie von den Vereinten Nationen zu den Gesprächen eingeladen werden.

In einer Erklärung nach dem Treffen zwischen Akinci und dem Jean-Claude Juncker am 7. Dezember in Brüssel bestätigte die Europäische

Kommission, dass sie im Falle einer Lösung finanzielle Hilfe zur Verfügung stellen werde.

Während eines Treffens am 14. Dezember besprachen Präsident Nicos Anastasiades und der griechische Premierminister Alexis Tsipras Sicherheits- und Garantiefragen und legten ihre Strategie für die anstehenden Gespräche in Genf fest. Ein ähnliches Treffen fand am 30. Dezember in Athen zwischen dem griechisch-zypriotischen Außenminister Ioannis Kasoulides und seinem griechischen Amtskollegen Nicos Kotzias statt. Währenddessen trafen sich die Staatssekretäre der Außenministerien Griechenlands und der Türkei am 28. Dezember in Ankara, um ein mögliches Treffen zwischen dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und dem griechischen Premierminister Alexis Tsipras auszuloten.

Eine von den Gewerkschaften und Friedensgruppen gestartete inselweite Initiative möchte Teilnehmer aus ganz Zypern für eine Versammlung am 10. Januar in der Pufferzone Nikosias gewinnen, um so ihrer Unterstützung für die gleichzeitig stattfindenden Gespräche in Genf Ausdruck zu geben. Die Organisatoren sind u.a. die Panzypriotische Arbeitervereinigung (PEO), die bi-kommunale Friedensinitiative „United Cyprus“ sowie die türkisch-zypriotische „Solution and Peace Platform“, welche ein Botschaft zur Unterstützung des Friedensprozesses aussenden wollen. Man erwarte, dass die Verhandlungsführer mit guten Nachrichten für den Friedensprozess aus Genf zurückkehrten. Die Veranstaltung ist für den 10. Januar im Cetinkaya Stadium, das sich in der Nähe des Ledra Palace Hotels befindet, geplant.

2. Gasvorkommen

Am 22. Dezember entschied das Kabinett, Verhandlungen mit den Energieunternehmen Exxon-Mobil, Qatar Petroleum, ENI und Total über die Erschließung und Ausbeutung von Erdgas in den drei vor der Küste Zyperns gelegenen Blöcken aufzunehmen. Das amerikanische Unternehmen Exxon-Mobil und Qatar Petroleum werden über Block 10, die italienische Firma ENI und die französische Firma Total über eine Lizenz für Block 6 verhandeln, während getrennte Gespräche mit ENI Block 8 betreffend stattfinden werden. Die Energieunternehmen hatten ihre Angebote im Rahmen der dritten Lizenzvergabe am Anfang 2016 abgegeben, sechs Monate nachdem im ägyptischen und von ENI verwalteten Gasfeld Zohr 30 Trillionen Kubikmeter Gas gefunden wurden und das Interesse an möglichen Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer wieder zunahm. ENI und das südkoreanische Unternehmen KoGas besitzen bereits die Lizenzen für die Blöcke 2, 3 und 9. Total besitzt eine Lizenz für Block 11, hatte aber im letzten Jahr die Rechte an Block 10 abgetreten. Exxon-Mobil und Qatar Petroleum sind neu hinzugekommen. Laut Energieminister Yiorgos Lakkotrypis werden die Lizenzen nach dem Abschluss erfolgreicher durchgeführter Verhandlungen und die Bestätigung der Verträge durch das Kabinett vergeben. Falls dies nicht geschehen sollte, werden weitere Bewerber zu Verhandlungen eingeladen. Energieexperte Charles Ellinas beschrieb das Hinzustoßen wichtiger Energieunternehmen als eine positive Entwicklung, jedoch nicht als eine Wende, da die Produktion von Erdgas immer

noch hinausgezögert werde und somit die Entwicklung der Gasfelder derzeit noch verhindert würde.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 5. Dezember bestätigte die Eurogruppe die Sicht der Europäischen Kommission, wonach der zypriotische Etat Gefahr laufe, die Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) nicht zu erfüllen. In diesem Falle müssten dementsprechende Maßnahmen eingeleitet werden. Der Präsident der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem betonte, dass diese Maßnahmen nur dann eingeleitet würden, wenn strukturelle Abweichungen stattfänden. Dies sei eine Sonderbedingung im Falle Zyperns. Nachdem die Eurogruppe den Haushaltsplan analysiert hatte, kam sie unter Berücksichtigung der Vorhersage der Kommission zu dem Ergebnis, dass die Haushaltsentwürfe Deutschlands, Irlands, Maltas, der Niederlande, Österreichs, Sloweniens und auch Zyperns im Einklang mit der Schuldenregel seien, akzeptierte jedoch auch das Urteil über die Abweichungen bei den strukturellen Zielen. Die Eurogruppe begrüßte die hohe Bereitschaft Zyperns, die notwendigen Maßnahmen „unter den derzeitigen Umständen“ umsetzen zu wollen, um somit sicherzustellen, dass der Haushaltsentwurf für 2017 den Richtlinien des SWP folge.

Am 7. Dezember verabschiedete das Parlament den Haushaltsentwurf für das Jahr 2017 mit 28

Stimmen, 25 Abgeordnete stimmten dagegen. Die regierende DISY zusammen mit der DIKO und der Solidaritätsbewegung stimmten für den Plan, während ihn die stärkste Oppositionspartei AKEL sowie die EDEK, die Bürgerallianz die Grünen und die rechtsextreme ELAM ablehnten. Der Plan sieht Einnahmen in Höhe von 6,96 Milliarden Euro vor, was eine Zunahme von 1,1% im Vergleich zum Vorjahr entspräche. Die Ausgaben sollen sich auf 7,06 Milliarden Euro belaufen, was einer Zunahme von 2,3% entspräche. Des Weiteren liegt das BIP für 2016 bei 17,7 Milliarden Euro mit einem Wachstum von 2,7%. Die Regierung geht für 2017 von einer Zunahme auf 18,3 Milliarden Euro aus, was eine Wachstumsrate von 2,8% bedeuten würde. Das Haushaltsdefizit lag 2016 bei ca. 52,5 Millionen Euro, oder 0,3% des BIP, im Vergleich zu 105,7 Millionen Euro oder 0,6% für das Jahr 2017.

In ihrem ersten Prüfbericht nach Ablauf des finanziellen Hilfsprogramms stellte die Europäische Kommission auf ihrer Webseite fest, dass das Wirtschaftswachstum in Schwung gekommen sei, sich das Tempo der Strukturreformen jedoch verlangsamt hätte. Zypern habe wenig unternommen, um die makroökonomischen Ungleichheiten auszubalancieren. Dies beziehe sich auch auf die Umsetzung bestehender oder die Einführung neuer Maßnahmen, um die Anzahl der notleidenden Kredite zu verringern. Es sei äußerst wichtig, die Dynamik zu erneuern, auch mit Hilfe neuer Gesetze, um die überfälligen Reformen durchzuführen. Dies beziehe sich u.a. auf eine Reihe von Gesetzesentwürfen zur Reform des öffentlichen Dienstes, welche jedoch vom Parlament abgelehnt worden seien sowie Privatisierungen, welche ebenfalls von

der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt würden und die Einführung eines staatlichen Gesundheitswesens. Fortschritte in einigen Schlüsselbereichen, wie z.B. bei der Bearbeitung von Eigentumstiteln für Immobilien oder im Justizwesen, seien essenziell, um damit die Bedingungen für Unternehmen zu verbessern und Investitionen anzulocken.

Am 14. Dezember verbesserte Moody's die Bonität für externe und lokale Einlagen bei der Bank of Cyprus auf Caa2 und bei der Hellenic Bank auf Caa1 und bestätigte deren Not-Prime-Bonität für Außen- und lokale Einlagen sowie das Commercial Paper Rating. Moody's begründete dies mit einem verbesserten operativen Umfeld, welches wiederum die Profitabilität sowie die Qualität der Aktiva und die Finanzausstattung und die Kapitalisierung der Bank verbessere. Dies treffe auch auf die Bewertung von Zyperns Makroprofil zu, welches sich von sehr schwach auf schwach verbessert habe.

Nach Angaben der zypriotischen Zentralbank vom 29. Dezember, die auf ihrer Webseite erschienen, nahm die Differenz zwischen Einlagen und Krediten bei den zypriotischen Banken im November ab und lag zum ersten Mal bei 4,9 Milliarden Euro und somit niedriger als vor dem Bail-In 2013. Im Vergleich zum Monat Oktober nahmen die Einlagen im November um 358 Millionen Euro zu und lagen bei 4,9 Milliarden Euro. Dies wäre der höchste Wert seit Juni 2013. Das Gesamtvolumen der Kredite nahm um 29 Millionen Euro ab und lag bei 53,9 Milliarden Euro. Des Weiteren nahm der Umfang der notleidenden Kredite im September um 431 Millionen Euro ab und lag bei 24,1

Milliarden Euro, dem niedrigsten Wert seit Dezember 2015.

Laut Bloomberg beabsichtigt der amerikanische Billionär Wilbur Ross von seinem Posten als stellvertretender Vorsitzender der Bank of Cyprus zurückzutreten, nachdem ihn der zukünftige US-Präsident Donald Trump zu seinem Handelsminister berufen hatte.

Die Bank of Cyprus gab bekannt, dass die Rückzahlungen für die Liquiditätshilfen, die sie größtenteils im März 2013 von der Laiki Bank übernommen hatte, nahezu abgeschlossen sei. Laut CEO John Hourican lagen die ausstehenden Zahlungen am 14. Dezember bei 0,4 Millionen Euro, die Hälfte im Vergleich zum August. Die Zentralbank bestätigte dies in ihrer monatlichen Bilanz, wonach die Liquiditätshilfen im November bei 0,6 Millionen Euro oder weniger lagen. Im April 2013 waren die Hilfen auf ihrem höchsten Stand mit 11,4 Milliarden Euro.

Innenpolitische Entwicklungen

Die gemeinsame Entscheidung von Anastasiades und Akinci, die Verhandlungen wiederaufzunehmen, welche zwischen dem 9. und 11. Januar in Genf beendet und von einer internationalen Konferenz über Sicherheit und Garantien gefolgt werden sollen, wurde von den Parteien, die in der Zypernfrage traditionell Hardliner-Positionen vertreten, negativ aufgenommen. DIKO, EDEK, die Bürgerallianz sowie die Grünen und die Solidaritätsbewegung behaupteten mehr oder weniger, dass Anastasiades sein Versprechen gebrochen habe und einer Roadmap mit einem Enddatum für die Ver-

handlungen zugestimmt habe, da er einer internationalen Konferenz ohne Vereinbarungen bei allen noch ausstehenden internen Fragen einer Zypernlösung zugestimmt habe. Die rechtsextreme Partei ELAM kündigte daraufhin am 5. Dezember an, dass sie den Nationalen Rat verlassen werde. In einer von allen eben erwähnten Parteien unterzeichneten Erklärung wurde der derzeitige Verhandlungsprozess abgelehnt. Des Weiteren forderten die Parteien, dass, neben den anderen teilnehmenden Ländern, auch die Republik Zypern an der für den 12. Januar geplanten internationalen Konferenz beteiligt sein müsse.

Am 18. Dezember fanden die Kommunalwahlen statt. Der formal unabhängige, aber von DISY und den Grünen unterstützte Nicos Nicolaides gewann die Wahl in Limassol mit 48,31% gegen seinen Rivalen, den zweimaligen Bürgermeister Andreas Christou (unterstützt von EDEK, AKEL und DIKO), der 48,27% der Stimmen erhielt, mit nur 10 Stimmen unterschied. In Famagusta trug Amtsinhaber Alexis Galanos (unterstützt von DISY) mit 41,73% einen knappen Sieg gegen seinen Rivalen Simos Ioannou (unterstützt von AKEL, DIKO und EDEK), der 41,54% der Stimmen erhielt, davon. Hier lag der Unterschied bei 23 Stimmen. In Nikosia gelang Constantinos Yiorakadjis (DIKO) ein klarer Sieg mit 68,86% über den unabhängigen Kandidaten Panayiotis Stavrinidis' 31,14% der Stimmen. In Paphos gewann der unabhängige Amtsinhaber Phedonas Phedonos mit 55,66% gegen Akis Chrysomilos (unterstützt von EDEK, AKEL und DIKO), der 44,35% der Wähler hinter sich vereinigen konnte. Andreas Vyras (AKEL) gewann die Wahlen in Larnaka mit 35,47%. Die Wahlbeteili-

gung lag insgesamt bei 62,3%, mit 37,7% Enthaltungen. Der Anteil der Enthaltungen lag um 9% höher als bei den letzten Wahlen 2011. Mit Ausnahme Larnakas war die Wahlbeteiligung somit in allen Bezirken niedriger als bei den letzten Kommunalwahlen.

Alle Parteien nahmen für sich in Anspruch, die Wahlen gewonnen zu haben. Der Sprecher der DISY beschrieb den Wahltag als einen guten Tag für seine Partei, da DISY 37,3% der insgesamt 441.000 Wahlberechtigten auf sich vereinen konnte. Der Vorsitzende der AKEL, Andros Kyprianou, hingegen sagte, dass seine Partei, die in den Parlamentswahlen am Jahresanfang große Verluste einfahren musste, „wieder auferstehe“, obwohl der Amtsinhaber von Limassol, Andreas Christou, der auch von DIKO und EDEK unterstützt worden war, ein Opfer einer spektakulären politischen Überraschung gewesen sei und mit nur wenigen Stimmen gegen seinen Herausforderer Nicos Nicolaides verloren habe. DIKO beanspruchte für sich, dass sie zur Wahl von 17 von insgesamt 39 Bürgermeistern beigetragen habe und somit das parteibezogenen Ergebnis erhöhen konnte. Entgegen der Behauptungen der Parteien, die Wahlen jeweils dominiert zu haben, steht für die sozialistische Partei EDEK wohl die größte Niederlage zu Buche. EDEK hatte nicht nur den falschen Kandidaten in Limassol unterstützt, sondern auch noch gegen einen ihrer eigenen Kandidaten verloren. Nikolaides, bis dahin ein langjähriger Parteikader der EDEK, sagte sich von seiner Partei los, nachdem ihm eine erneute Kandidatur bei den Parlamentswahlen verwehrt worden war, damit der Parteivorsitzende Marinos Sizopoulos seinen

Platz einnehmen konnte. Die Bürgerallianz kritisierte die anderen Parteien dafür, dass sie siegreiche Kandidaten der Bürgermeisterwahlen als eigene Erfolge proklamierten, wo doch die meisten von ihnen als „unabhängige“ Kandidaten ins Rennen gegangen seien. In ähnlicher Weise bemerkte die Vorsitzende der Solidaritätsbewegung, Eleni Theocharous, dass die Parteien kein Recht hätten, den Sieg für sich zu beanspruchen, da fast alle Kandidaten unabhängig gewesen seien. Die stellvertretende Vorsitzende der Grünen, Efi Xanthou, stellte fest, dass ihre Partei die Zahl der Stadtverordneten im Vergleich zu 2011 von vier auf acht verdoppeln konnten.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Anfang Dezember veröffentlichte INEK-PEO ihren jährlichen Bericht über Wirtschaft und Beschäftigung. Dessen wichtigste Schlussfolgerung ist, dass die soziale Ungerechtigkeit ein dramatisches Niveau erreicht habe, da die Kaufkraft der Einkommen auf den Stand von vor 20 Jahren gesunken sei. Somit liege Zypern an der drittletzten Stelle in der EU vor Griechenland und Portugal und weit hinter dem EU-Durchschnitt. Der PEO-Vorsitzende erklärte in seiner Rede, dass die Gewerkschaft ihre im letzten Jahr festgelegte Strategie weiterverfolgen werde und die sozialen Rechte, welche in der Krise verloren gegangen seien, wiederherstellen wolle. Diese Strategie habe bereits einige positive Ergebnisse hervorgebracht.

Das Parlament blockierte die Pläne der Regierung zur Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes. Im Namen der AKEL sagte Stephanos

Stephanou, dass dies das Ergebnis einer inkompetenten und autoritären Regierungsführung sei. Der völlig unzureichende Gesetzesvorschlag sei zuvor nicht mit den Parteien und Sozialpartnern umfassend diskutiert worden und nur Stückwerk. Laut Stephanou ist AKEL davon überzeugt, dass der öffentliche Sektor drastische und umfassende Reformen benötige. Von Seiten der Regierung beschuldigte Constantinos Petrides AKEL und die anderen Parteien etablierte Interessen zu vertreten und verteidigte den Gesetzesentwurf, der aufgrund eines sozialen Dialogs formuliert worden und nicht nur ein Vorschlag der Regierung sei. Das Parlament blockierte auch weitere Privatisierungspläne, da es das entsprechende Budget nicht verabschiedete. Die Handelskammer unterstützte die Regierung und beschuldigte das Parlament, seinen Aufgaben nicht gerecht zu werden. PEO hingegen erklärte, dass das Parlament die Arbeitsbeziehungen schütze und bezog sich damit auf eine Klausel als Teil der gescheiterten Reform, in der automatische Gehaltserhöhungen anstelle von Tarifverhandlungen vorgesehen sind. Sämtliche Gewerkschaften waren geschlossen gegen den Regierungsvorschlag, welche laut PEO mit Hilfe gemeinsamer Aktionen verhindert werden konnte. Die kleinere Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, ASDIK, beschuldigte die Regierung, nur mit der PASYDI zu verhandeln und beschuldigte die Regierung und PASYDI geheime Absprachen getroffen zu haben, welche dafür verantwortlich seien, dass der Gesetzesvorschlag weiterhin „unakzeptable“ Punkte beinhalte und durch das Parlament zu Recht abgelehnt worden sei

Die Regierung plant einen unbefristeten Einstellungstop im öffentlichen Dienst, um die steigenden Ausgaben für die Gehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst unter Kontrolle zu bringen, nachdem 3.000 Berufssoldaten eingestellt wurden. Beförderungen sind von diesem Stopp nicht betroffen. Es handelt sich bei den Beförderungen hauptsächlich um wenige, aber hochdotierte Posten.

Der Streit zwischen der Busgesellschaft in Paphos und der Regierung hinsichtlich staatlicher Zuschüsse zum Erwerb neuer Busse endete in einer einige Tage dauernden Unterbrechung des Busbetriebs.

Die Zeitung Phileleftheros hatte über eine Einigung zwischen Arbeitnehmern und -gebern hinsichtlich gleicher Beiträge zur allgemeinen Krankenversicherung berichtet. Dies wurde jedoch von PEO dementiert, da die anteilmäßigen Beiträge 2001 in einem entsprechenden Gesetz festgelegt worden seien. PEO wehrte sich gegen „hinterlistige“ Versuche, die gegen diese Vereinbarung gerichtet seien und beabsichtigten, den Arbeitnehmeranteil zu erhöhen zu einem Zeitpunkt, an dem die Schere zwischen Gehältern und Firmengewinnen sich weiter öffne.

Laut eines Berichts der Europäischen Zentralbank ist der Wohlstand in Zypern seit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise um 40% gesunken. Die sei der größte Rückgang innerhalb der EU. Dies ist vor allem auf den Immobilien-Preisverfall und den Bail-In im Jahre 2013 zurückzuführen. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ging ebenfalls um 34,2%

zurück und dies bedeutet auf diesem Gebiet ebenfalls den größten Rückgang innerhalb der EU.

Die wichtigsten Ergebnisse des Jahresberichts des statistischen Dienstes der Republik Zypern beschreiben einen Rückgang der Bevölkerung von 865.900 im Jahr 2012 auf 848.300 im Jahr 2015, die demografische Alterung der Bevölkerung mit 15,1% der der Einwohner über 65 Jahren und die Zunahme des Armutrisikos welche 29,9% der Bevölkerung betreffe. Derweil ist die Geburtenrate gesunken, die Sterblichkeitsrate jedoch gestiegen.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die auf Englisch erscheinende türkisch-zypriotische Wochenzeitung Cyprus Today berichtete, dass die Gemeinden im Norden Zyperns unter einer Schuldenlast litten und finanzielle Hilfe in Anspruch nehmen müssten, um die Gehälter der Angestellten bezahlen zu können. Der Artikel berief sich auf den „Wirtschaftsbericht über die ökonomische Situation der TRNZ¹ 2015“,

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange

welcher von dem Büro für Entwicklung und Wirtschaftliche Zusammenarbeit an der türkischen Botschaft erstellt worden war. Demzufolge müssten die 28 Gemeinden der „TRNZ“ so viel für die Gehälter ihrer Angestellten ausgeben, dass sie nicht in der Lage seien in die Infrastruktur zu investieren, um ihre Dienstleistungen zu verbessern. Im Vorwort des Berichts schrieb der türkische Botschafter Derya Kanbay, dass es trotz der Verbesserung der finanziellen Situation der „TRNZ“ im Jahr 2015 und einer Wachstumsrate von 4% keine vergleichbaren Fortschritte in der Umsetzung struktureller Reformen gebe. Er führte dies auf die politische Instabilität zurück mit drei Regierungswechseln in nur drei Jahren. Die Verbesserung der öffentlichen Finanzen habe nur die kurzfristigen Probleme verringern können und Strategien zur Vermeidung der öffentlichen Verschuldung und Verbesserung eines „ineffektiven öffentlichen Dienstes“ seien nicht verfolgt worden, so der Vorwurf Kanbays. Die schwächelnde türkisch-zypriotische Wirtschaft werde trotz all der genannten Widrigkeiten durch wachsende Einnahmen im Hochschul- und Tourismusbereich gestützt.

Der stellvertretende Premierminister und Finanzminister Serdar Denktasch erklärte, dass die türkischen Zyprioten wirtschaftlich nicht auf eine Lösung des Zypernproblems vorbereitet seien und kritisierte, dass die Regierung nicht umfassend genug über den Verhandlungsverlauf informiert werde. Denktasch sah auch die

ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

Gefahr eines Konflikts, falls eine Einigung unter diesen Umständen zustande komme.

Das Parlament verabschiedete den Haushaltsplan, welcher von der Minderheitenregierung, die von der National Unity Party (UBP) angeführt wird, vorgelegt wurde. Dank der Unterstützung der unabhängigen Abgeordneten verabschiedete man den Entwurf mit einer Mehrheit von 27 der insgesamt 50 Stimmen. Der Haushalt für 2017 hat einen Umfang von 5,07 Milliarden Türkischen Lira (1,27 Milliarden Euro).

Beziehungen mit der Türkei

Auf eine Plenarsitzung des türkischen Parlaments wiederholte Tugrul Turkes, der türkische stellvertretende Premierminister für Zypern, dass die Türkei den derzeitigen Verhandlungsprozess und Akincis konstruktive Bemühungen unterstütze. Er erwähnte auch die wirtschaftliche Unterstützung Ankaras für die „TRNZ“ und sagte, dass das „Mutterland“ der TRNZ seit 2002 insgesamt 10 Milliarden Türkische Lira zur Verfügung gestellt habe. Des Weiteren habe die Türkei für das Wasserpipelineprojekt von der Türkei in den Norden zusätzliche 1,6 Milliarden Euro gegeben.

Der Sprecher des türkischen Präsidenten, Ibrahim Kalin, gab Erdogans Teilnahme an der Zypernkonferenz in Genf bekannt. Was die Zypernfrage angehe, so sei die Türkei seit dem Annan-Plan bis jetzt immer einen Schritt voraus gewesen.

Der türkische Premierminister Binali Yildirim sagte, dass die Haltung der Türkei in der Zypernfrage sehr klar sei: eine Lösung müsse eine gerechte Machtverteilung in der Regierung, rotierende Präsidentschaft, Respekt für die Gesetze beider Seiten, Territorium und Eigentumsrechte beinhalten und darüber hinaus die effektive und aktive Rolle der Türkei bei der Sicherheit berücksichtigen.

Der türkische stellvertretende Premierminister Numan Kurtulmus betonte, die Türkei hoffe, dass eine Lösung gefunden werden könne. Bezüglich des Vorschlags einer bi-kommunalen und bi-zonalen Föderation auf der Basis politischer Gleichheit und dem Status als Garantiemacht in Zypern bleibe die türkische Regierung unnachgiebig, äußerte sich Kurtulmus.

Der türkisch-zypriotische Außenminister Tahsin Ertugruloglu traf sich in Ankara mit Erdogan, Turkes und Cacusoglu.

Mit Blick auf das sich im Bau befindliche staatliche Krankenhaus in Nikosia, erklärte der Gesundheitsminister, dass neuen Firmen aus der Türkei an dem Projekt beteiligt seien.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 1. Dezember rief der Gewerkschaftsverband zu einem spontanen Streik auf, um damit auf die mangelnde Vorsorge der Regierung hinzuweisen, der sie eine Mitschuld an einem tragischen Unfall gibt, in dem ein Schulbus verwickelt war. Bei dem Unfall Ende November starben drei Menschen, darunter zwei Schülerinnen, während sechs weitere Personen

verletzt wurden. Ein weiterer Streik unterbrach den Betrieb an Schulen, Krankenhäusern, am Flughafen und an anderen öffentlichen Ämtern. Mindestens 2.500 Passagiere waren von dem Streik am Flughafen betroffen. Gruppen verärgerter Schüler und Gewerkschaftsmitglieder forderten den Rücktritt der Premier-, Verkehrs- und Bildungsminister und die Wiedereinführung der Winterzeit, deren Abschaffung maßgeblich zu dem Busunglück beigetragen habe. Sieben Demonstranten und Polizisten wurden verletzt, darüber hinaus wurden mehrere Demonstranten, denen vorgeworfen wird Steine, Eier und Plastikflaschen gegen das Büro des Premierministers geworfen und ein Fenster beschädigt zu haben, kurzfristig festgenommen. Am 16. Dezember fanden eine dritte, friedlichere Demonstration sowie ein Generalstreik statt. Dies hatte jedoch keine Auswirkungen auf den Flugverkehr, da die Regierung ein 60-tägiges Streikverbot für die zivile Luftfahrt verhängt hatte.

Sowohl Premierminister Huseyin Ozgurgun und der stellvertretende Premier- und Finanzminister Serdar Denktasch bestanden jedoch darauf, dass eine Änderung der Entscheidung durch die Regierung „unmöglich“ sei. Denktasch begründete dies damit, dass das Kommunikations-, ebenso wie das Banken- und Finanzsystem an die Türkei gekoppelt ist, die sich gegen eine Zeitumstellung entschieden habe. Das eigentliche Problem, so Denktasch, sei, dass ein großer Teil der Einnahmen aus der Kfz-Steuer und von Strafzetteln dazu benutzt würden, um die Gehälter der öffentlichen Angestellten zu bezahlen und dass die „TRNZ“ nicht in der Lage sei, ohne die Hilfe der Türkei in die Infrastruktur zu investieren.

Die Mitglieder der 13 Organisationen, welche sich zu einer Plattform für Geschlechtergleichheit zusammengeschlossen haben, organisierten eine Demonstration, um den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen zu begehen. Die Mitglieder der Plattform protestierten gegen die Unfähigkeit der Regierung, Opfer häuslicher Gewalt zu schützen und betonten, dass Frauen täglich in sämtlichen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens mit Gewalt und Missbrauch konfrontiert würden. Im Norden der Insel gebe es Mobbing am Arbeitsplatz, Homophobie, sozialen Druck auf Schwule, bisexuelle und Transgender-Männer sowie Frauen. Hinzu kämen die Fälle von Vergewaltigungen, Menschenschmuggel, Mord und „moderner Sklaverei in den Nachtclubs,“ hieß es von Seiten der Organisatoren weiter.

Ein neues, teilweise von der EU finanziertes Frauenhaus öffnete seine Pforten für Frauen jedes Alters, die Gewalt ausgesetzt sind oder mögliche Opfer von Gewalt sein könnten. Das Haus kann bis zu sieben Frauen und 14 Kinder aufnehmen, die Opfer häuslicher Gewalt sind oder „sozio-ökonomische Probleme“ haben und einen Zufluchtsort bräuchten. Es werde auch Hilfsangebote für die Opfer von Menschenhandel geben.

Der kleiner Koalitionspartner Democratic Party (DP) hielt am 24. Dezember seinen zehnten ordentlichen Parteikongress ab, auf dem der derzeitige Vorsitzende Serdar Denktasch ohne Gegenkandidaten wiedergewählt wurde.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Das Unternehmen Cyprus Aviation Services (CAS), ein halbstaatliches Abfertigungsunternehmen, entließ 31 Angestellte mit der Begründung, dass sie „ungeeignet“ seien. Laut Emek-Is, einem Mitglied des Revolutionären Gewerkschaftsbundes Dev-Is, sei der wahre Grund ein anderer gewesen. Die Arbeitnehmer seien entlassen worden, weil sie der Gewerkschaft beigetreten seien und an deren Veranstaltungen teilgenommen haben. Koral Asam, der Vorsitzende der Emek-Is, bezeichnete das Vorgehen des Unternehmens als „skrupellos, illegal und unmoralisch und somit inakzeptabel“. Darüber hinaus, so Asam, seien die Arbeitnehmer unter Druck gesetzt, bedroht, erpresst und aufgefordert worden, aus der Gewerkschaft auszutreten, sofern sie ihre Stelle zurückhaben wollten.

Der Ausschuss für die Lohnuntergrenze konnte sich nicht auf einen Mindestlohn für die erste Hälfte des Jahres 2017 einigen. An dem Treffen nahmen fünf Vertreter von Seiten der Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften teil. Das Datum für ein weiteres Treffen liegt noch nicht fest. Derzeit liegt der Mindestlohn, der im Juni festgelegt worden war, bei 1.834 TL (570 Euro) und entspricht nun, nach der Abwertung der türkischen Währung, 467 Euro.

5. FES Zypern Veranstaltungen**Januar 2017**

--- keine Veranstaltungen ---

Februar 2017

Freitag 24.02.2017 16:00 - 20:00

Samstag 25.02.2017 9:00 – 17:00

POST RI/FES

Konferenz

Conference on the Education for a Culture of Peace

Home for Cooperation, CCMC, Goethe Institut,

UN Pufferzone

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com